



Das Projekt

➔ Ein Projekt sollte sie sein, die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen. Darunter machen es Politiker selten, die besonders an die Planbarkeit von allem und jedem glauben. Also vor allem linksgewirkte. Zum Wesen eines Projekts gehört, dass es ein Anfang, ein Ende und vor allem einen Zweck hat. Erst der verleiht ihm Sinn. Zweck des Ramelow'schen Koalitionsprojekts war nicht zuletzt eine kombinierte Gebiets-, Funktional- und Verwaltungsreform. „Wir haben im Landtagswahlkampf die Gebietsreform zum zentralen Wahlkampfthema gemacht“, bestätigte Bodo Ramelow erst Mitte November noch einmal.

Doch die Bilanz sieht drei Jahre nach dem Projektstart ernüchternd aus. Die Kreisgebietsreform ist gescheitert, weil die Wirklichkeit sich gegenüber der rot-rot-grünen Planbürokratie als erfreulich widerständig erwies. Der Plot für die Funktional- und Verwaltungsreform ist im Papierkorb gelandet, weil undurchführbar. Und freiwillige Gemeindeneugliederungen gibt es bisher keine. Doch statt die vorliegenden Anträge nun einfach nach dem geltenden Recht zu bearbeiten, muss unbedingt die Kommunalordnung noch einmal angefasst werden.

Bei Licht betrachtet, hat das Koalitionsprojekt seinen Zweck offensichtlich verfehlt und das Projekt-Team müsste nach Hause gehen. Doch das ficht einen wie Ramelow nicht an. Der Ministerpräsident deklariert sein Scheitern frohgemut um: zur „neuen Qualität“. Die Aufforderung, den Wählern in Neuwahlen das Wort zu geben, wird zur Majestätsbeleidigung erklärt. Der bleibende Eindruck ist verheerend. Rot-Rot-Grün ist sich selbst Projekt genug. Doch das ist für Thüringen eindeutig zu wenig.



Steuerzahlerbund kritisiert rot-rot-grünen Haushalt



Nicht nur ich frage mich,
warum wir noch einen Gebietsreform-Staatssekretär im Innenministerium brauchen, nachdem die Gebietsreform vom Tisch ist.

Justus Kehrl, Vorstandsvorsitzender
des Bundes der Steuerzahler
Thüringen e.V.

Der Vorstandsvorsitzende des Bundes der Steuerzahler Thüringen, Justus Kehrl, hat den rot-rot-grünen Doppelhaushalt für die Jahre 2018/19 scharf kritisiert. „Da läuft etwas völlig aus dem Ruder“, sagte der Erfurter Rechtsanwalt angesichts der Tatsache, dass Thüringen 2015 noch mit 9,25 Milliarden Euro ausgekommen ist. Jetzt will die Landesregierung rund zehneinhalb Milliarden Euro jährlich ausgeben. Und nach dem Willen von LINKE, SPD und Grüne soll es noch mehr werden. „Schlicht skandalös“, so Kehrls Urteil. Wie Thüringens CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring sieht er Einsparmöglichkeiten vor allem in einer Funktional- und Verwaltungsreform. Im Gespräch mit Kehrl verdeutlicht Mohring, dass der Freistaat nach den Vorstellungen der Union deutlich weniger Geld ausgeben, mehr Landesschulden tilgen und auch mehr für Zukunftsinvestitionen zurücklegen soll. „Wenn irgendwo Geld da ist,

wird es eben einfach ausgegeben. Das nennt sich bei Rot-Rot-Grün Haushaltspolitik“, kritisierte Mohring die Planungen der Ramelow-Regierung. Mit 90 Millionen Euro jährlich will die CDU-Fraktion erheblich mehr Schulden abbauen als die Linkskoalition. Außerdem soll nach dem Willen der Union mit einem ausreichend ausgestatteten Zukunfts- und einem Generationenfonds finanziell besser vorgesorgt werden. Kehrl und Mohring sind sich einig, dass Rot-Rot-Grün von viel zu optimistischen Annahmen ausgeht. „Es ist doch naiv, zu glauben, dass die Einnahmen dauerhaft auf dem jetzigen Niveau bleiben oder gar noch steigen“, ist Thüringens Steuerzahlerbundchef überzeugt. Sparen ist für ihn die logische Folge. „Wenn Bürokratie abgebaut wird, benötigt man auch weniger Bedienstete“, verweist Kehrl auf den Schlüssel zum Erfolg und fordert die Landesregierung auf, „endlich ihre Hausaufgaben zu machen“. Der Einstieg liegt für ihn wie Mohring in der Aufgabenkritik. Mit Rot-Rot-Grün werde das nichts. „Im ewigen Bemühen, die beste aller Gesellschaften zu bauen, produzieren linke Parteien vor allem mehr Bürokratie, aber nicht mehr Gerechtigkeit.“ Da ist der CDU-Politiker sich ziemlich sicher. (Seiten 4 und 5)

Aus der Fraktion



Für Eltern kann es teuer werden

Rot-Rot-Grün hat trotz deutlicher Warnungen der Kommunen und der CDU das beitragsfreie Kita-Jahr durchgedrückt. Doch am Ende werden es die Eltern sein, die die Zeche dafür zahlen. Das befürchtet jedenfalls die CDU-Politikerin Marion Rosin. „Leider enthält das neue Kita-Gesetz neben der begrüßenswerten Verbesserung des Betreuungsschlüssels Preistreiber, die wahrscheinlich in Beitragserhöhungen münden werden. In vielen Kommunen steigen die Beiträge schon jetzt“, warnte Rosin. Auch die Mittagsverpflegung wird durch das Gesetz wohl teurer: Es sieht vor, die Kosten der Vor-, Zu- und Nachbereitung künftig stärker den Eltern in Rechnung zu stellen. „Die Linkskoalition sollte sich auf die Betreuungsqualität konzentrieren, statt öffentlichkeitswirksame Fensterreden über die Beitragsfreiheit zu halten“, so die CDU-Abgeordnete.



Feuerwehr stärken

Den Brandschutz trotz der Bevölkerungsentwicklung aufrechterhalten – das ist Ziel eines Maßnahmenkatalogs zur Stärkung der freiwilligen Feuerwehren, den die CDU einfordert. Wie Gudrun Holbe deutlich macht, flankiert die Union ihre Forderungen mit ihren Haushaltsanträgen: Für die Feuerweherschule soll es fünf Stellen mehr geben; dazu eine weitere für einen Jugendfeuerwehrreferenten im Landesfeuerwehrverband.



CDU-Fraktion will jährlich 600 neue Referendare

Die beste Bildung ermöglichen, den gravierenden Unterrichtsausfall beseitigen, Lehrerinnen und Lehrer wieder wertschätzen – das sind laut CDU-Bildungsexperte Christian Tischner die zentralen Herausforderungen, vor denen Thüringen im Bildungsbereich derzeit steht. Die Vorschläge seiner Fraktion zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs in Thüringen liegen bereits seit Januar 2017 auf dem Tisch. Leider reift die Erkenntnis, wie dringlich die Umsetzung dieser Maßnahmen ist, auch unter dem neuen

Thüringer Bildungsminister Helmut Holter nur sehr langsam. Mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt 2018/19 gibt die Union der Linkskoalition deshalb nun erneut Starthilfe – in der Hoffnung, dass der Zündfunke endlich auf den Regierungsmotor überspringt. Nach dem Willen der CDU-Fraktion sollen zukünftig jährlich 600 Referendare eingestellt werden. „Entscheidend für unser Bildungssystem ist letztlich, dass mehr Personal in den Schulen ankommt. Das gelingt nur, wenn ausreichend Nachwuchs ausgebildet wird.“

Thüringen, Land der Schulabbrecher?

Rot-Rot-Grün gelingt es offenbar nicht, den Anteil der Schulabbrecher wirksam zu reduzieren. Auf Anfrage von CDU-Fraktionschef Mike Mohring erklärte die Landesregierung, dass 7,5 Prozent der Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen. Haben die Jugendlichen Migrationshintergrund, sind es gar 19 Prozent. Im berufsbildenden Bereich bleiben 13 Prozent der Schulabgänger ohne Abschluss, unter den Berufsschülern mit Migrationshintergrund sogar 29 Prozent. Die Folgen zeigen sich beim Berufseinstieg: Zwischen 55 und 60 Prozent der Arbeitslosen beziehungsweise Arbeitssuchenden haben in der Altersklasse von 15 bis 25 Jahren keinen Abschluss.



Ehrenamts-Reportage



„Auf dem Dorf ein erfülltes Leben führen“

Videomaterial zu unserer Ehrenamts-Reportage finden sie im Internet unter www.drucksache.info



Marian macht's

Dem tristen Dezemberwetter zum Trotz, schmiegt sich Eberstedt idyllisch an die durch den Nordosten des Weimarer Landes mäandernde Ilm. Marian Eichler blickt vom Ufer am Dorfrand durch die nasskalte Nebelsuppe in Richtung Ortskern, zum Vereinshaus. Dort, wo das Dorf zusammenfindet, sorgt der 29-Jährige dafür, dass der Laden läuft. Dienstag Fußball, Mittwoch Kinderfußball, Donnerstag Dart oder Feuerwehr, Freitag Vereinshaus-Dienst, Samstag Liga-Dart, Sonntag Frühschoppen-Bewirtung und danach der Einsatz beim Liga-Fußball – so sieht Marians Ehrenamts-Woche aus. 52 mal im Jahr. Dazu diverse Sonderschichten vor, während und nach Eberstedts zahlreichen Feierlichkeiten. Dem Feuerwehrverein sitzt Marian seit 2007 vor, im gemeinsamen Fußballverein mit dem Nachbarort Niedertrebra ist er Kapitän, Trainer und Platzwart in Personalunion und beim Traditionsverein ist er der „Burschenkellner“. Er kümmert sich um das Vereinshaus, schenkt Getränke aus, putzt, hält alles auf Vordermann. Seinen Jahresurlaub investiert er, um die Feierscheune des Ortes, die sogenannte Loge, zur Kirmes mit riesigem Aufwand in einen Birkenwald zu verwandeln und die verschiedenen Veranstaltungen mit zu organisieren.

Wenn andere feiern, behält Marian den Überblick. „Ich habe Angst, dass alles einschläft, wenn ich selber nichts mache. Für viele Sachen habe ich mich nur bereit erklärt, damit wir sie überhaupt fortführen können“, versucht er zu erklären, was ihn antreibt. „Private Dinge müssen dann eben zurückstehen.“ Die einzigen, die wirklich mitbekommen, was sein Einsatz bedeutet, sind seine Freundin und seine Familie. Das sieht auch sein Schwiegervater in spe so: „Der Marian ist ein Eckpfeiler der Gemeinde. Auf den kannst Du Dich verlassen. Der redet nicht nur, der macht.“ Die lobenden Worte kommen von einem, der sehr genau weiß, wie wichtig engagierte Ehrenamtler für das Gedeihen eines 200-Seelen-Ortes wie Eberstedt sind: Bürgermeister Hans-Otto Sulze steht seiner kleinen Gemeinde nun schon 19 Jahre vor – ehrenamtlich, versteht sich. „Wenn es unsere Vereine nicht gäbe“, ist Sulze überzeugt, „dann würde das dörfliche Leben jämmerlich kaputt gehen“. Doch noch gibt es sie. Und im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden in der Region, deren Vereine in den letzten Jahrzehnten einen Großteil ihrer Mitglieder verloren haben, befinden sich die Mitgliederzahlen in Eberstedt nicht im freien Fall, im Gegenteil: Ein Viertel des Dorfes ist im

Feuerwehrverein, fast ein Fünftel im Traditionsverein. Und dennoch: Die Probleme sind in Eberstedt die gleichen wie anderswo. Seit Jahren haben die Vereine Probleme mit dem Finanzamt, das angesichts der Eberstedter Feierlaune den Zweck mancher Veranstaltung in Frage stellt und den Status der Gemeinnützigkeit gleich mit. Marian schüttelt den Kopf: „Dabei sind es genau solche Veranstaltungen, die den Zusammenhalt und die Attraktivität des Vereins ausmachen und die Mitglieder motivieren, sich weiter im Brandschutz zu engagieren.“ Parallel dazu geraten Bürgermeister Sulze und sein Gemeinderat immer wieder ins Visier der Kommunalaufsicht – ihre Beschlüsse, die Vereine wo es nur geht zu unterstützen, kämpfen sie trotzdem durch. Aber reicht das, um vor allem junge Familien im Ort zu halten und den Verlockungen der Stadt etwas entgegenzusetzen? „Was wir brauchen, ist bezahlbarer, moderner Wohnraum, der attraktiv ist für junge Leute“, weiß Sulze. Auf dem Land wohnt es sich nämlich günstiger als in der Stadt, wo eigener Wohnraum mittlerweile oft jenseits der finanziellen Möglichkeiten junger Familien liegt. Ein kleines Baugebiet war Mitte der 90er innerhalb von sechs Monaten bis auf den letzten Bauplatz vergeben. Wenn ein Mietshaus im Ort frei wird, gibt es innerhalb von kürzester Zeit etliche Anfragen. Dank seiner intakten Dorfgemeinschaft ist Eberstedt attraktiv, gerade auch für

Rückkehrer. „Nach der Wende sind 20 bis 25 Leute nach Apolda gezogen – viele sind in den letzten Jahren zurückgekommen“, berichtet Sulze nicht ohne Stolz. Dazu passt, dass die Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2035 für Eberstedt einen Zuwachs vorhersieht – fast ein Alleinstellungsmerkmal für die ganze Region. Was also macht Eberstedt besser als andere Orte? Ist alles dem Einsatz von ein paar engagierten Ehrenamtlern zu verdanken? Marian winkt ab. Bei allem Engagement: Alleine im Mittelpunkt zu stehen, ist ihm sichtlich unangenehm. Und doch will er den Jüngeren ein Vorbild sein. „Ich hoffe, den Jugendlichen zeigen zu können, dass sie auch auf dem Dorf ein erfülltes Leben führen können.“ Momentan geht sein Einsatz oft bis an die Schmerzgrenze, Selbstzweifel sind allgegenwärtig. Reicht das aus? Macht das alles noch Sinn? – Marian fragt sich das oft. Wenn sein Engagement dann sogar außerhalb seines Heimatortes gewürdigt wird, ist das auch für Marian eine Bestätigung, die ihm hilft, weiterzumachen. Ende November sollte er im Erfurter Kaisersaal für seinen außergewöhnlichen ehrenamtlichen Einsatz ausgezeichnet werden. Marian fühlte sich geschmeichelt – und dennoch sagte er ab. Eine Weiterbildung zum Sicherheitsbeauftragten seines Betriebs kam dazwischen. Für die Sicherheit seiner Kollegen da zu sein – das war ihm dann doch wichtiger, als selbst auf einer Bühne zu stehen.

Von Felix Voigt

Haushalt und Finanzen



”

Im Haushaltsentwurf der Ramelow-Regierung ist viel Luft.

Mit unseren Änderungsvorschlägen würde das Land mit gut einer halben Milliarde Euro weniger auskommen und dennoch mehr Anwärter für die Polizei und den Schuldienst einstellen.

Maik Kowalleck,
haushalts- und finanzpolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion



”

Angesichts üppig sprudelnder Steuerquellen wäre jetzt die Zeit,

großzügig Schulden zu tilgen. Doch Rot-Rot-Grün denkt gar nicht daran. Das geht zu Lasten der Jüngeren und kommender Generationen.

Andreas Bühl,
jugendpolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion



„Da läuft etwas
völlig aus dem Ruder“

Ein Gespräch über den Landeshaushalt, die dringend erforderliche Funktional- und Verwaltungsreform und Pensionslasten im Bernhard-Vogel-Saal des Landtags.

Video-Statements der beiden Gesprächspartner finden sie im Internet unter www.drucksache-thueringen.de

Mohring trifft: Justus Kehrl, Vorstandsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Thüringen e.V.

Herr Kehrl, Thüringen gibt in diesem Jahr so viel Geld aus wie nie. Das Land scheint es sich aber auch leisten zu können. Neue Schulden werden nicht gemacht. Der Bund der Steuerzahler ist dennoch nicht zufrieden.

Kehrl: Es sind die Bürger und Unternehmen, die mit Steuern und Abgaben die Kassen füllen. Angesichts der glänzenden Einnahmesituation könnte und müsste viel mehr Geld in die Tilgung der Landesschulden fließen. Und ganz und gar unverständlich ist, wenn unter solchen finanziellen Bedingungen auch noch die Rücklage ausgeräumt werden soll. Was ist denn dann in weniger guten Zeiten?

Mohring: Rot-Rot-Grün hat rund zweieinhalb Milliarden mehr zur

Verfügung, als Thüringen im Krisenjahr 2008 einnehmen konnte. Wenn der Haushalt Ende Januar zur Abstimmung steht, werden wir deshalb auch eine deutlich höhere Schuldentilgung fordern. Außerdem wollen wir erreichen, dass nicht knapp eine Milliarde Euro an Rücklagen verbraucht werden, sondern für Zukunftsinvestitionen Geld zurückgelegt wird. Und wir erwarten, dass das Land für die Pensionen der Beamten in einem Generationenfonds vorsorgt.

Da sagt die Finanzministerin aber: Tun wir doch, in dem wir für jeden neu eingestellten Beamten Schulden abbauen...

Mohring: Das ist grundsätzlich zu begrüßen, aber leider nur die halbe Miete. Denn damit ist noch kein Euro

zurückgelegt, der für Pensionen ausgegeben werden kann. Deshalb wollen wir, dass der Pensionsfonds mit 280 Millionen Vermögen in einem Generationenfonds weiter geführt und unter anderem durch Zinsen aufgefüllt wird, die das Land spart, wenn es für neue Beamte Schulden abbaut. Für jeden neuen Beamten muss vom ersten Tag an vorgesorgt werden. Mit einem solchen Fonds können Spitzen bei den Pensionslasten abgedeckt werden, mit denen besonders um das Jahr 2030 herum zu rechnen ist.

Kehrl: Ich will nicht verhehlen, dass der Steuerzahlerbund bei Verbeamtungen zurückhaltend ist. Bei hoheitlichen Aufgaben sind sie richtig, bei Lehrern sehen wir keine Notwendigkeit.

Dennoch können die Aufgaben des Landes nur durch Bedienstete er-



digst werden, die dann irgendwann auch im Ruhestand sind. Und die Personalausgaben machen rund 28 Prozent des Haushalts aus. Das ist kein deutscher Spitzenwert.

Kehrl: Zu den unbequemen Wahrheiten gehört, dass die Einwohnerzahl Thüringens sinkt und damit absehbar auch die Einnahmen. Zu diesen unbequemen Wahrheiten gehört außerdem, dass der Freistaat verglichen mit anderen Flächenländern den zweithöchsten Personalbestand hat, jedenfalls gemessen an der Einwohnerzahl. Hier muss die Landesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen. Wo bleibt die Aufgabenkritik? Kurz gesagt: Was muss wirklich durch Land und Kommunen erledigt werden, auf welcher Ebene und wie detailliert? Wenn Bürokratie abgebaut wird, benötigt man auch weniger Bedienstete.

Mohring: Die Dramatik zeigen drei Zahlen. 2014, dem letzten Jahr einer CDU-geführten Landesregierung, hat Thüringen rund 2,4 Milliarden Euro für Personal ausgegeben. 2021, so weit reicht die Mittelfristige Finanzplanung, werden es bereits über drei Milliarden sein. Doch Rot-Rot-Grün

streckt den Personalabbau. Das führt dazu, dass 2030 mit 3,8 Milliarden Euro Personalausgaben zu rechnen ist. Das ist unverantwortlich.

Moment einmal. Auch die CDU-Fraktion fordert mehr Personal, in den Schulen und bei der Polizei zum Beispiel.

Kehrl: Die Polizei ist auch aus unserer Sicht personell in Thüringen gut ausgestattet. Der Steuerzahlerbund hat angeregt, sie von polizeifremden Aufgaben zu entlasten. Wozu gibt es Dienstleister?

Mohring: Genau das fordern wir. Die Polizei muss keine Schwertransporte absichern, und Verwaltungsaufgaben können auch bei der Polizei von Verwaltungsbeamten erledigt werden. Tatsache ist aber auch: Das Durchschnittsalter im besonders personalintensiven Bereich Schule und Polizei ist hoch. Damit auch die Krankenstände und der absehbare Ersatzbedarf. Deshalb will auch die CDU-Fraktion hier Geld in die Hand nehmen. Wer morgen Lehrer haben will, muss heute Referendare ausbilden. Dafür fordern wir sechshundert Stellen und für die Polizei eine zusätzliche Ausbildungshundertchaft für die nächsten zwei Jahre.

Kehrl: Wichtig sind auch die Signale, die ins Land gehen. Nicht nur ich frage mich zum Beispiel, warum wir noch einen Gebietsreform-Staatssekretär im Innenministerium brauchen, nachdem die Gebietsreform vom Tisch ist. Das Amt folgt gewöhnlich der Aufgabe und schwebt nicht irgendwo losgelöst im Raum.

Wenn wir über Aufgabenerledigung reden, ist die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ganz sicher ein entscheidender Punkt. Rot-Rot-Grün scheint daran festzuhalten. Nach dem Motto: Wenn nicht in dieser, dann in der nächsten Wahlperiode...

Mohring: Zunächst einmal stehen Ramelow und die Seinen in den Trümmern dieser Reform. Es herrscht Chaos. Von der Gebietsreform einmal ganz abgesehen. Rot-Rot-Grün wollte mal eine zweistufige Verwaltung ohne Landesverwaltungsamt in Weimar. Ertrag auch hier gleich Null. Jetzt basteln zwei Ministerien an eigenen Superbehörden neben dem Weimarer Amt und es droht auf der Ebene der vier Planungsregionen eine vierte Verwaltungsebene.

Wie würden Sie es denn machen?

Mohring: Mit der von Herrn Kehrl angesprochenen Aufgabenkritik beginnen. Wir sagen ganz klar: Weniger

ist mehr. Weniger Aufgaben, weniger detailverliebte Regeln. Im ewigen Bemühen, die beste aller Gesellschaften zu bauen, produzieren linke Parteien vor allem mehr Bürokratie, aber nicht mehr Gerechtigkeit. Aus den verbleibenden Aufgaben lässt sich eine Funktionalreform und der dafür passende Verwaltungsaufbau ableiten.

Kehrl: Aufgaben müssen dort erledigt werden, wo das am wirtschaftlichsten und möglichst bürgernah geht. Wir haben uns schon gewundert, warum die Regierung die mit ihrer Reform verbundenen Einsparziele nicht dargelegt hat. Für jede Reformmaßnahme fordert der Steuerzahlerbund eine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Eine Gebietsreform ist dann der mögliche dritte Schritt.

Mohring: Ob sie notwendig ist, könnte sich zeigen, wenn endlich einmal einer den Beweis antreten würde, dass die Gebietsreform Geld spart und zu leistungsfähigeren Strukturen führt. Den Beweis blieben alle schuldig. Die Ramelow-Regierung hat künstlich Reformdruck erzeugt, in dem sie den Kommunen Geld entzogen hat.

Davon kann doch jetzt kaum noch die Rede sein. Die Linkskoalition hat ein zusätzliches 200 Millionen-Euro-Paket für die Kommunen geschnürt.

Mohring: Und damit wieder einmal viel über sich verraten. Wenn irgendwo Geld da ist, wird es eben einfach ausgegeben. Das nennt sich bei Rot-Rot-Grün Haushaltspolitik. Aber das ist nicht nachhaltig. Wir brennen keine Strohfeuer ab, sondern setzen auf Verlässlichkeit. Unsere Forderung ist, die Finanzausgleichsmasse auf über zwei Milliarden Euro pro Jahr verlässlich anzuheben.

Kehrl: Dazu noch ein Wort, ohne den Kommunen das Paket zu neiden. Dass die Koalitionsfraktionen noch mehr Geld ausgeben wollen, als die Regierung vorgeschlagen hat, halte ich für schlicht skandalös. Damit bewegt sich Thüringen bei den geplanten Ausgaben allmählich auf die elf Milliarden Euro pro Jahr zu. Tatsächlich ist das Land 2015, im ersten Jahr der Regierung Ramelow, aber noch mit 9,25 Milliarden Euro ausgekommen. Da läuft etwas völlig aus dem Ruder.

Herr Mohring, die CDU-Fraktion hat sich für ihre 1200 Haushaltsanträge auch am tatsächlichen Mittelabfluss orientiert. Was war das Ergebnis?

Mohring: Wir haben uns den Haushaltsabschluss 2016 vorgenommen und auf den Vollzug des Jahres 2017 geschaut, was tatsächlich ausgegeben

wurde. Dadurch konnten wir sehen, dass viel Luft im rot-rot-grünen Haushaltsentwurf für 2018 und 2019 ist. Wir können unsere Schwerpunkte Polizei, Schule und Kommunen finanzieren und würden trotzdem knapp eine halbe Milliarden Euro weniger ausgeben. Beim Nachschlag, den sich die Linkskoalitionäre jetzt genehmigen wollen, wird es noch mehr.

Das leuchtet alles ein. Doch Sparen ist am Ende nicht sexy. Was sagen Sie denn all denen, die Rot-Rot-Grün jetzt aus den vollen Kassen bedient, während Sie das Geld zusammenhalten wollen?

Mohring: Zunächst einmal zeigt der Blick auf die Haushaltsabschlüsse, wo gespart werden kann, ohne jemandem weh zu tun. Und in vielen Punkten gehen die geplanten Finanzierungen schlicht nicht auf, sollten sich die Rahmenbedingungen ändern. Wer glaubt denn, dass das Land auf Dauer wie jetzt im Geld schwimmt?

Kehrl: Über die Geschenke werden sich die Bürger spätestens dann nicht mehr freuen, wenn sie nicht mehr finanziert werden können. Bereits eine Zinssteigerung von einem oder anderthalb Prozentpunkten würde die Schwarze Null hinwegfegen, die wir uns jetzt schönreden. Es ist doch naiv, zu glauben, dass die Einnahmen dauerhaft auf dem jetzigen Niveau bleiben oder gar noch steigen. Wenn 2020 das verfassungsrechtliche Schuldenverbot greift, und die Einnahmen sinken, ist die Freude dahin.

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

Internet

www.cdu-landtag.de

E-Mail

pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage

1,1 Millionen

Fotos

Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur

Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl

Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung

Leography.com

Aus der Fraktion



CDU-Fraktion will in mehr Sicherheit investieren

Polizei und Verfassungsschutz in Thüringen nachhaltig stärken – dieses Ziel hat die CDU-Fraktion nun auch im Zuge der Haushaltsverhandlungen ausgegeben. Angesichts der massiv gestiegenen Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden sollen durch

Umschichtungen im Landesetat Mittel für eine zusätzliche Ausbildungshundertschaft frei werden. Auch der Verfassungsschutz soll nach dem Willen der Fraktion drei Stellen mehr erhalten. Der CDU-Innenexperte Raymond Walk begründet den

Vorschlag seiner Fraktion so: „Der Staat muss in der Lage sein, Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Dieses Sicherheitsversprechen ist nicht verhandelbar.“ Für Walk ist angesichts des Altersdurchschnitts bei der Polizei entscheidend, dass genügend gut ausgebildete Polizeianwärter zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz sollen in den Bereichen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus eingesetzt werden. Auch

der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, hatte jüngst erneut davor gewarnt, dass der Nachrichtendienst derzeit auf Sicht in nebligen Gewässern fährt. Nur Ministerpräsident Bodo Ramelow fällt dazu nicht mehr ein als der Verweis auf die Schuldenbremse. Walk ist empört: „Überall wirft Ramelow das Geld zum Fenster hinaus, aber ausgerechnet bei der Sicherheit will er sparen. In diesem Haushalt ist viel Luft, um andere Schwerpunkte zu setzen.“



Waldwildnis-Romantik mit fatalen Folgen

Es klingt gar wildromantisch, doch die wirtschaftlichen Folgen sind fatal: Das linksgeführte Landwirtschafts- und das grüne Umweltministerium haben sich auf jene konkreten Waldflächen geeinigt,

die künftig nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt werden sollen. Der CDU-Fraktionsvize Egon Primas warnt vor den Konsequenzen: „Die Einschränkung der nachhaltigen Forstwirtschaft vernichtet Arbeits-

plätze und Steuereinnahmen in Thüringen. Wertvolle Wirtschaftswälder zu ‚Wildnisgebieten‘ umzufunktionieren, ist ein rein ideologisches, fachlich völlig unbegründetes Konzept, das Thüringen erheblichen Schaden zufügen wird.“ Primas weist darauf hin, dass jeder Kubikmeter Holz, der hier durch Nutzungseinschränkungen nicht geerntet wird, aus dem Ausland importiert werden muss: „Das Verbot der nachhaltigen Holznutzung führt schon heute zur

Abholzung echter Urwälder in anderen Teilen der Welt. Wie sich das mit den grünen Idealen vereinbaren lässt, ist mir schleierhaft“, macht der CDU-Politiker die Widersprüchlichkeit der rot-rot-grünen Politik deutlich. Fakt ist: Die Pläne der Linkskoalition für den Pössenwald gefährden laut Branchen-Berechnungen nicht nur die Arbeitsplätze im Forstamt Sondershausen, sondern weit über 100 weitere Jobs in der Verwertung und Holzverarbeitung.

Gebietsreform-Aus



Überfordert

Die Nacht des Scheiterns: Die führenden Köpfe der Linkskoalition sehen Ende November in der Thüringer Staatskanzlei zu, wie sich Bodo Ramelow müht, das Ende der Gebietsreform schönzureden.

dpa - Martin Schütt

Geringe Erwartungen an Neuorientierung

Durch die gescheiterte Gebietsreform-Politik der Ramelow-Regierung hat Thüringen wertvolle drei Jahre verloren. Das hat der CDU-Innenpolitiker Jörg Kellner gesagt. Er forderte die Landesregierung auf, sich nun endlich auf die entscheidenden Aufgaben zu konzentrieren. „Eine Reform der Landesverwaltung ist überfällig, wie der Thüringer Landtag zu Recht bemerkt. Zudem sollte die Landesregierung endlich die beantragten freiwilligen Gemeindegliederungen ohne weitere Umwege umsetzen.“ Die Erwartungen des Landtagsabgeordneten und

Gothaer Kommunalpolitikers sind angesichts der bisherigen Leistung von Rot-Rot-Grün allerdings begrenzt. Die Koalition versuche sich in den Trümmern ihrer bisherigen Politik neu zu orientieren.

Über das Scheitern der Gebietsreform wird laut Kellner übersehen, dass das Ramelow-Kabinett auch bei der Funktional- und Verwaltungsreform mit leeren Händen vor den Bürgern steht. „Den geplanten zweistufigen Verwaltungsaufbau musste die Linkskoalition genauso abschreiben wie die Zwangsgebiets-

reform. Die Vorstellungen über den Verwaltungsaufbau sind völlig verworren, einen Gesetzentwurf gibt es nicht. Angekündigt sind zusätzliche Großbehörden und ein Ausbau der Planungsregionen. Schlimmstenfalls also eine weitere Verwaltungsebene“, befürchtet der Innenpolitiker. Notwendig ist nach seiner Überzeugung eine schlankere Verwaltung mit klaren Strukturen und der Abbau von Verwaltungspersonal. „Der Weg dahin führt über eine Aufgabenkritik, die wir bereits im Januar beschrieben haben. Das Ziel: entbehrliche Aufgaben aussortieren und die Regeldichte vermindern“, so Kellner. Verwundert nimmt der Landtagsabgeordnete die plötzliche Liebe der Linkskoalition zur Interkommunalen Zusammenarbeit zur Kenntnis. „Was Ramelow und Genossen früher noch für Teufelszeug hielten, soll sie jetzt retten. Leider fehlen auch hier klare

Vorstellungen, wie dieses aus unserer Sicht richtige Instrument gezielt ausgebaut werden kann“, sagte der Innenpolitiker.

Nichts hält er davon, für freiwillige Gemeindegliederungen noch einmal die Thüringer Kommunalordnung zu ändern. „Mit der aktuell gültigen sind in der letzten Wahlperiode 298 Gemeinden und Städte neu geordnet worden. Doch Rot-Rot-Grün will auf Biegen und Brechen eine Mindestgröße von 6000 Einwohnern ins Gesetz schreiben“, meint der Kommunalpolitiker. Dabei wisse auch die Landesregierung sehr genau, dass zwei Drittel der Thüringer Kommunen weniger als 1000 Einwohner hätten. „Mit dem Motto, was nicht passt, wird passend gemacht, ist sie schon bisher nicht vorangekommen. Warum sie daraus nicht lernt, wird mir ein ewiges Rätsel bleiben“, zeigte sich Kellner enttäuscht.



Stand auf der Thüringen-Ausstellung

Auch 2018 wird sich die CDU-Fraktion wieder mit einem eigenen Stand bei der Thüringen-Ausstellung in den Erfurter Messehallen präsentieren – diesmal mit einem noch bürgernäheren Auftritt an einem neuen Standort (Stand 1A03, Halle 1). Thüringens größte Verbrauchermesse öffnet diesmal vom 24. Februar bis zum 4. März ihre Türen. Dann können Sie mit den Abgeordneten der Fraktion ins Gespräch kommen oder sich mit druckfrischen Flyern und Faltblättern zu allen wichtigen politischen Themen im Freistaat informieren.

Das haben wir vor Ort erreicht



Christoph Zippel

Wahlkreisbüro
Weibermarkt 4
04600 Altenburg
www.christoph-zippel.de

Das Altenburger Land als Landkreis zu erhalten und Altenburg als Kreisstadt zu stärken, dafür habe ich vor Ort und in Erfurt gekämpft. Als Mitglied des Kreistages habe ich mich für den Erhalt und die Sanierung der Schulen im Landkreis und als Altenburger Stadtrat für das Thema Innenstadtentwicklung eingesetzt. Als gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion ist mir der Kampf gegen Drogen besonders wichtig, gerade vor dem Hintergrund der Crystal Meth-Problematik. Gemeinsam mit vielen anderen politischen Verantwortlichen mache ich mich dafür stark, die Landesgartenschau im Jahr 2024 nach Altenburg zu holen. Eine Herzensangelegenheit ist mir zudem der Bau eines stationären Hospizes in Altenburg. Ich freue mich, dass dieses Ziel nach langjährigem Ringen nun endlich Wirklichkeit wird und ich einen Beitrag dazu leisten konnte.



Henry Worm

Wahlkreisbüro
Markt 17
98724 Neuhaus am Rennweg
www.henryworm.de

Gemeinsam mit den Mitgliedern unseres Arbeitskreises Gleichstellung, der Frauenunion und den Kollegen der sächsischen CDU-Landtagsfraktion habe ich mich für die Einführung der Mütterrente engagiert. Dieser Einsatz und auch das Gespräch mit der damaligen Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen haben am Ende zum Erfolg geführt: Seit dem 1. Juli 2014 bekommen Mütter für jedes vor 1992 geborene Kind zwei Rentenpunkte statt nur einem. Als gleichstellungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion steht auch bei meinem Einsatz für Frauen, die nach DDR-Recht geschieden wurden, das Thema Rentengerechtigkeit im Mittelpunkt. Im Wahlkreis habe ich mich insbesondere für die Unterstützung der hiesigen Vereine und verschiedene Straßenbauprojekte eingesetzt – Beispiele sind die Verbindung zwischen Steinach und Haselbach oder die Ortsdurchfahrt Steinheid.



Simone Schulze

Wahlkreisbüro
Eisenbahnstr. 4
04626 Schmölln
www.simone-schulze-cdu.de

Die Förderung und Stärkung des Ehrenamtes liegt mir besonders am Herzen. Es macht unseren ländlichen Raum lebendig und attraktiv. Der Jugendfeuerwehr Wettelswalde habe ich es ermöglicht, dank neuer Schlafliegen am jährlichen Kreiszeltlager teilzunehmen. Dem Schlossverein Ponitz konnte ich helfen, den Bau des langersehnten behindertengerechten Zugangs zu realisieren. Im Zuge meiner Arbeit im Haushalts- und im Petitionsausschuss ist es gelungen, die im Thüringer Haushalt eingestellten Mittel für Klassenfahrten nach der starken Kürzung durch Rot-Rot-Grün wieder zu erhöhen. Besonders am Herzen liegt mir das Demokratieverständnis junger Menschen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuche ich, Schüler für Politik zu interessieren. Seit 2014 habe ich 314 Schüler meines Wahlkreises in den Landtag eingeladen, damit sie Demokratie hautnah miterleben.



Christian Carius

Wahlkreisbüro
Lange Straße 56
99610 Sömmerda
www.christian-carius.de

Gute Straßen, eine flächendeckende Breitbandversorgung und ein attraktives Mobilitätsangebot sind die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung unserer Wirtschaft und für ein gutes Leben im ländlichen Raum. Deshalb setze ich mich in meinem Wahlkreis für den Ausbau und die Modernisierung unserer Infrastruktur ein. Der Erhalt der Pfefferminzbahn, einschließlich des Teilstückes von Großheringen nach Buttstädt, ist ein aktuelles Projekt, welches mir besonders am Herzen liegt. Klar ist, dass wir in der Region weiterhin gemeinsam für die Zukunft dieser Strecke streiten werden. Darüber hinaus unterstütze ich engagierte Heimatvereine und aktive Bürgerinitiativen bei der Bewahrung unserer Kirchen, unserer heimischen Feste sowie unserer zahlreichen regionalen Traditionen. Denn all dies macht unsere Thüringer Heimat stark und lebenswert.

Abk. für Landes-kriminal- amt	Wohlgel- schmack, -geruch	anhand, per; über (lat.)	Straß- stoß beim Fußball	Kobold, Zwerg	kurz ge- bratene Fleisch- schnitte	die Acker- krume lockern	Mostert, Mostrich	Samm- lung von Schrift- stücken
befestig- tes Haf- ener	10	Volkst- vertre- tung e. Bundes- landes	11	Wett- kampf- stätte; Manege	Insekt mit Stachel	ein Wa- cholder- brannt- wein	städtisch	Alters- ruhegeld
danach, dann	somit, mithin	Trut- henne	Gift- schlange			Stadt im Sauer- land (NRW)	zugun- sten einer Person, Sache	4
Knöte- rich- gewächs	7			Kultbild der Ost- kirche			Laub- baum	Bestand, tatsäch- licher Vorrat
		Fremd- wort- teil: fern		9	franzö- sisch: und	roter Edel- stein		
be- trunken (ugs.)	5	Kurz- wort für Jugend- liche(r)		Staat im Himalaja	2		Baum- teil	6
Ausruf der Bestür- zung		Flug- körper	3		Feld- ertrag			

Lösungswort

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus einem hochwertigen Füllfederhalter aus dem Hause Diplomat mit Tintenfass, verpackt in einer Holzschatulle, und einem externen Akku fürs Smartphone (Powerbank). Einsendeschluss ist der 31. Januar 2018. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre E-Mailadresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mailadresse:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1 · 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der November-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Meisterbonus“. Zu gewinnen gab es einen Bluetooth-Lautsprecher sowie eine „Powerbank“ fürs Smartphone. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Eva Becker** aus Bad Klosterlausnitz. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.